

OSKAR KÖHLER, *Kleine Glaubensgeschichte*. Christsein im Wandel der Weltzeit. Herderbücherei Band 987, Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1982. 432 S. 16,90 DM.

Es war eine glückliche Entscheidung des Verlags, zum 25jährigen Bestehen der Herderbücherei nicht irgendeine in die Serie passende gekürzte abendländische Geistes-, Kultur- oder Kirchengeschichte vorzulegen, sondern einen Band anzuregen, der Glaubensgeschichte quer durch die profane und Kirchengeschichte des christlichen Zeitalters ist. Es war eine ebenso gute Lösung, dafür einen Historiker zu gewinnen, der nicht nur in seinem Fach zu Hause ist, sondern auf vielerlei wissenschaftlichen und beruflichen Berührungsfeldern mit Theologie und Kirche geschichtlich wie aktuell vertraut ist. Der Historiker bringt – damit wird man keinem Theologen unrecht tun – eher die Souveränität auf, die Verästelungen glaubensgeschichtlicher Entwicklung mit Fakten der Politik und Ideengeschichte so darzustellen, daß nicht Apologie, sondern wirkliche Geschichte daraus entsteht, und zwar so, daß sie den Leser ganz persönlich dazu zwingt, nachzuvollziehen, „daß dieser Glaube durch eine Geschichte des Glaubens auf den einzelnen zugekommen ist und zukommt“ (390). Natürlich ist ein solches Unternehmen nicht einfach. Geht man Seite für Seite durch, wird man nicht nur gelegentlich ein ungleiches Pendeln zwischen glaubens-, ideen- und kirchengeschichtlichen Elementen feststellen. Aber es gelingt dem Autor doch immer wieder mit staunenswerter Logik, die Gesamtentwicklung auf den jeweils entscheidenden Punkt zu bringen, an dem durch alle Brechungen hindurch der Glaube als Glaube in seinem jeweiligen geschichtlichen Erscheinungsbild sichtbar wird, ohne daß die jeweilige kulturellen, geographischen und politischen Einflüsse zu kurz kämen. Manche Rückfrage böte sich gerade zur Darstellung der Entwicklung des Glaubens in der Neuzeit an, wo dessen Geschichte auf einen immer größer werdenden Hintergrund einer nicht mehr von ihm geprägten Kultur erscheint. Köhler setzt mit dem „Nachchristlich“ früh an und ortet es in der Humanitätsidee der Aufklärung (371 ff.). In ideengeschichtlicher Perspektive trifft das zu. Nachchristlich wird eine Kultur aber erst, wenn das Christentum die Volkskultur nicht mehr prägt. Die Feststellung, kein verständiger Mensch könne bestreiten, daß der römisch-katholische Weg durch das 19. und 20. Jahrhundert „in großer Verantwortlichkeit zurückgelegt wurde“ (380), ist auch bei allen nachträglichen Einschränkungen des Autors selbst ein hohes Prädikat. Die Verarbeitung der jüngsten Ent-

wicklung, vor allem im Vollzug des Zweiten Vatikanums, gerät etwas kurz. Aber das muß für einen Band, der den Weg des Glaubens durch die Geschichte vor allem von seinen Ursprüngen her verständlich machen will, kein Nachteil sein. *D. S.*

ROGER GARAUDY, *Der letzte Ausweg*. Feminisierung der Gesellschaft. Walter Verlag, Olten/Freiburg 1982. 160 S. 22.– DM.

Roger Garaudy, bekannter Reformmarxist und Direktor des Instituts für den Dialog der Zivilisationen in Paris, macht sich Gedanken über die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft. Die Unterdrückung der Frau habe seit Jahrhunderten Tradition, „selbst das überragende Vorbild eines Jesus von Nazareth konnte sich nicht einmal gegen das Christentum durchsetzen“. Als Leitmodell der Männerherrschaft erkennt der Autor die militärische Ordnung, gestützt durch eine Theologie des gerechten Krieges, die eine totale Unterordnung verlange. Garaudy schildert die Benachteiligung der Frau in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anhand von Beispielen und kommt zu dem Schluß, daß die notwendige Forderung nach dem Recht der Gleichheit durch die Forderung nach dem Recht auf Verschiedenheit ergänzt werden müsse. Denn die Menschheit bestehe aus gleichberechtigten und gleich wichtigen Hälften, die sich notwendig ergänzen. In diesem Zusammenhang vertieft Garaudy seine Gedanken zum Wesen der menschlichen Liebe und Sexualität. Die Befreiung der Frau ist für ihn immer auch eine Befreiung des Menschen. Aber da alle politischen Aktivitäten der Frau auch im marxistischen Bereich immer wieder zurückgedrängt wurden, konnte es zu den „verhängnisvollen Wachstumsideologien“ der Wirtschaft und zur Atomrüstung kommen. Dieser Zustand könne nur überwunden werden, wenn die Frauen gleich stark und gleich entscheidend wie die Männer in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und Handelns präsent seien. Es werde sich jedoch selbst bei der Erreichung dieses Zieles nichts ändern, wenn die Frauen es nur den Männern gleich tun. Sie müßten im Gegenteil ihren spezifisch weiblichen Stil einbringen und durchsetzen. Diesen zeigt Garaudy auf in den Bereichen der Politik, der Wissenschaft und Kunst, des Denkens und Glaubens. Gedanken nicht ohne utopischen Charakter, aber sie könnten der in der Bundesrepublik Deutschland viel mehr als z. B. in Frankreich oft verbissen in ihre Ghettos zurückgezogenen Frauenbewegung einen gangbaren Weg aufzeigen. *C. S.*

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

FOSSION, ANDRÉ. *L'homme en souffrance*. Réflexion anthropologique et théologique. In: *Lumen Vitae* Jhg. 37 Heft 3 (1982) S. 249–269.

Der Autor weist mit Recht darauf hin, das Nachdenken über das Leid könne nur einen „pädagogischen“ Zweck verfolgen, nämlich zu Verhaltensweisen angesichts gegenwärtigen oder zukünftigen Leidens hinführen. Er nennt drei Stufen eines

Wegs, den der Mensch im Leiden gehen könne: Das bewußte Leben mit dem Leid und die damit verbundene Absage an Illusionen; der Kampf gegen das Leiden und schließlich das Mitleiden, aus dem die Freiheit erwachse, Leiden und Tod zu übersteigen. Diese drei Stufen verdeutlicht er am Lebensweg Jesu, der in der Abweisung der Versuchung in der Wüste sich von der Illusion der Leidensfreiheit abgewandt, in vielfacher Weise gegen das Leiden gekämpft und seinen Tod aus Liebe angenommen habe. Auf dieser Grundlage versucht der Aufsatz eine Antwort auf die Fragen nach der Rechtfertigung Gottes angesichts des

Bösen, nach dem Zusammenhang von Leid und Sünde und nach der Erlösung durch das Kreuz: Werde die Schöpfung nicht als Kausalzusammenhang, sondern als Gabe Gottes an den Menschen gesehen, dann sei Gott mit der Schöpfung das Risiko des Bösen eingegangen. Das Leid, das sich Menschen gegenseitig antun, sei nicht Strafe Gottes für den sündigen Menschen, sondern Folge der Sünde, in der sich der Mensch an die Stelle Gottes setzen wolle. Nicht der Kreuzestod Christi als solcher bewirke die Erlösung, sondern die Liebe Christi, die ihn schließlich ans Kreuz geführt habe.

LACOSTE, JEAN-YVES. *Du droit de l'histoire au droit de Dieu: sur la résurrection de Jésus*. In: *Nouvelle revue théologique* Jhg. 114 Heft 4 (August–Oktober 1982) S. 495–531.

Ausgehend von der Feststellung, daß in der Auferstehung Jesu Geschichte und Eschaton auf einzigartige Weise zusammenkommen, plädiert Lacoste für eine Auslegung der Auferstehung, die sie sowohl als historisches Ereignis auffaßt, da sonst das eschatologische Handeln Gottes zu einem gnostischen oder kerygmatischen Mythos würde, wie auch ihre eschatologische Valenz in ihrer Ausstrahlung auf das Geschichtsverständnis ernst nimmt. Werde die Auferstehung als historisches Ereignis gedacht, setze das eine historische Methodologie voraus, die sich nicht ideologisch verschließe, sondern in einem „radikalen Empirismus“ für jedes Ereignis offen sei. Heilsgeschichte sei unter der Voraussetzung der Auferstehung als historischem Ereignis nicht als die nachträgliche theologische Deutung von Ereignissen zu verstehen, sondern als „Abfolge der Ereignisse in der Welt, in deren Faktizität sich Gott offenbart“. Von der Auferstehung her könne ein endgültiges Ziel der Geschichte gedacht werden: Geschichte öffne sich auf die Auferstehung aller, das Menschsein könne als Sein auf die Auferstehung hin gesehen werden. Privilegiertes Ort, so die abschließende These, des Bekenntnisses zum Auferstandenen sei die eucharistische Gegenwart Christi.

VELDHUIS, WIL. *Ervaring, taal en traditie*. In: *Tijdschrift voor Theologie* Jhg. 22 Heft 3 (Juli–September 1982) S. 247–260.

Dem Verfasser geht es um Klärung des Erfahrungsbegriffs im Blick auf seine Bedeutung für das Verständnis von Glauben und Offenbarung. Er bestimmt in Anlehnung an die einschlägigen Arbeiten von Schillebeeckx Erfahrung als Wechselspiel von Rezeptivität und produktiver Interpretation. Sie kann weder auf reine Empirie noch auf Emotionalität reduziert werden. Gegenüber der für das Bürgertum typischen Beschränkung der Erfahrung, damit auch der religiösen Erfahrung auf das einzelne, selbständige Subjekt, betont er das Angewiesensein von Interpretation auf Sprache und damit auf eine vorgegebene Sprachtradition. Der Aufweis transzendentaler Erfahrung als Bedingung der Möglichkeit öffnet zwar die religiöse Dimension, führt aber nicht bruchlos zu der christlichen Erfahrungsgeschichte. Diese Erfahrung kann für die Gegenwart nur überzeugend sein, wenn eine ununterbrochene Tradition besteht, wenn die Ausgangserfahrung narrativ, im Erzählen vermittelt wird und wenn die Interpretation der Erfahrungstradition auch heute noch glaubwürdig ist, also die eigene Situation aufschließt: „Dann ermöglicht es uns die eigene Situation nicht nur, die Erfahrungsgeschichte aus der Vergangenheit als solche zu verstehen, sondern sie offenbart uns auch eine Affinität zwischen unserer Wirklichkeit und der angebotenen Erzählung.“

Kultur und Gesellschaft

BIBES, GENEVIÈVE. *Le terrorisme italien: essai d'explication*. In: *Études* (Oktober 1982) S. 293–306.

Die Verfasserin wundert sich darüber, daß in den siebziger Jahren terroristische Aktionen in den westlichen Ländern Europas solche Ausmaße an-

genommen haben, wie sie durch die anarchistischen und nihilistischen Bewegungen des späten 19. Jahrhunderts nicht erreicht wurden. Noch mehr wundert sie sich, daß der Terrorismus sich gerade in Ländern so stark bemerkbar macht, wo Gegner der geltenden politischen Ordnung die Möglichkeit haben, ihre Opposition auf politischem Wege offen zu artikulieren und nicht wie in Diktaturen oder unter autoritären Regimen, um ihre Sache vertreten zu können, Gewalt einsetzen müßten. Sie sucht nach Erklärungen und wählt dafür wegen des Ausmaßes und der Dauer terroristischer Aktionen als „in besonderer Weise exemplarischen Fall“ Italien. Sie nennt historische, zeitgeschichtliche und aktuelle Gründe: die jahrhundertelange Fremdherrschaft in Italien, die so etwas wie staatliches Bewußtsein nicht aufkommen ließ, den damit zusammenhängenden Rückzug der Italiener aus den gesellschaftlichen Großstrukturen in die Selbstverteidigung von Familie und Klan, den zu raschen Umbruch während des Wirtschaftsaufschwungs in den fünfziger und sechziger Jahren, der vor allem im Zuge der Süd-Nordwanderung viele Menschen entwurzelte, und schließlich die allmähliche Entwicklung der kommunistischen Partei zu mehr politischer Moderation. Damit wurden die revolutionär radikalen Elemente einerseits isoliert und haben sich so noch mehr radikalisiert. Andererseits konnten sie sich als die eigentlichen Erben der revolutionären Bewegung darstellen. Hinzu kommt der für Italien typische enge Zusammenhang von politischem und rein kriminellem Terrorismus, der durch Umsetzung des Terrorismus aus dem politischen Bereich in die Gesellschaft zu einer „Banalisation von Gewalt“ führe. Leider stellt sich die Verfasserin nicht mehr die Frage, wie weit ihre Beispiele auf andere Länder übertragbar sind. Näher besehen sind es alles Sachverhalte, die so *nur* für Italien gelten.

LEMPER, LOTHAR THEODOR. *Werteeziehung in der Schule heute*. In: *die neue ordnung* Jhg. 36 Heft 5 (September/Oktober 1982) S. 321–335.

Lemper stellt eine enorme Erschwerung der Vermittlung sittlich-pädagogischer Werte im heutigen pädagogischen Betrieb fest. Er führt diese Schwierigkeiten auf den Verlust eines „eindeutigen gesellschaftlichen Normengefüges“ zurück, von dem sich früher Erziehungsmaßstäbe hätten ableiten lassen. Lempers These: Die Gründe dafür liegen weniger im schulischen Bereich selbst, sondern müssen zum großen Teil in außerschulischen Einflüssen gesucht werden. Der Geltungsanspruch der Werte und ihre Rangfolgen hätten sich insgesamt geändert. Entsprechend zeigten sich Unsicherheiten nicht nur in der Frage, *wozu* erzogen werden soll, sondern es sei unklar geworden, *was* Erziehung überhaupt ist. Eine weitere These Lempers: Schuld daran seien nicht zuletzt die Parteien und die Art, wie sie in den letzten Jahren die Grundwertediskussion geführt haben. Sie würden die Wertediskussion fälschlicherweise hauptsächlich zum Zwecke gegenseitiger Abgrenzung und nicht mit dem Ziel gegenseitiger Vermittlung betreiben. Das erwecke den Eindruck, als ob der politisch-gesellschaftliche Pluralismus voraussetzungslos sei. Lemper zieht daraus den Schluß, daß Werteeziehung als Konsensvermittlung erst wieder möglich werde, „wenn dieser Konsens in der Politik selbst geleistet wird“. Voraussetzung sei aber auch eine größere Autonomie der Schule und zugleich eine stärkere Rückkoppelung von Erfahrung und Erziehungsleistung der Familie in den Schulalltag. Notwendig sei dafür ein „neues pädagogisches Ethos der Lehrerbildung“.

LENK, HANS. *Technik und Technikkritik – Probleme der Philosophie heute*. In: *Universität* Jhg. 37 Heft 9 (September 1982) S. 893–900.

Totale Antikritik gegenüber der Technikkritik, davon geht Lenk aus, wäre kein überzeugendes Gegenkonzept. Deutlich sei jedenfalls: auch die neue antitechnische Kulturkritik „ist nicht frei von Zügen des romantischen Intellektualismus und Irrealismus“. Aktuell seien drei Varianten der Technokratie: Technokratie als Expertokratie, als Sachzwangdominanz und Herrschaft des Apparats sowie als Normativität technischer Möglichkeiten. Insgesamt jedoch habe die bisherige Technokratiediskussion gezeigt: „Es gibt keine Verschwörung der Techniker, die sie in den Besitz der Macht bringen soll, aber es gibt eine wachsende Bedeutung technischer Funktionen.“ Hinzu komme eine bisher nicht entdeckte Diskrepanz zwischen der von der Technikkritik behaupteten Allmacht der Technokraten einerseits und der politischen Ohnmacht der technischen Intelligenz andererseits. Angeregt werden müsse jedenfalls die Entwicklung einer „Sozialphilosophie der Technik“ in Zusammenarbeit mit einer Soziologie der Technik und der technischen Intelligenz; drei Viertel aller Ingenieure empfänden ihre Ausbildung ohnehin als zu sehr fachbezogen.

Kirche und Ökumene

NYSSEN, WILHELM. *Kommet und empfanget das Licht*. Taufe und Firmung in der orthodoxen Kirche. In: *Internationale katholische Zeitschrift* Jhg. 11 Heft 5 (September 1982) S. 409–426.

Nyssen beschreibt detailliert den orthodoxen Tauf- und Firmritus und läßt dabei die liturgischen Texte ausführlich zu Wort kommen wie auch Stellen aus den Kirchenvätern zur theologischen Ausdeutung des Ritus. Das erste, was in der Betrachtung des orthodoxen Taufritus auffalle, sei die unmittelbare Nähe zum biblischen Heilsgeschehen. Als zweites Charakteristikum nennt Nyssen, daß sich der Ablauf des Ritus seit Jahrhunderten nicht geändert habe, „so daß frühchristliche Taufkatechesen oder mittelalterliche Taufansprachen, wenn sie von den einzelnen Zeichen sprechen, noch heute wie früher verstanden werden können, da nichts an den Zeichen geändert wurde“. Die einzelnen Stationen des Ritus werden beschrieben: ausführlicher Exorzismus und Glaubensbekenntnis, Taufwasserweihe, Salbung mit dem Katechumenenöl, Taufe durch dreimaliges Eintauchen, Myron-Salbung. Ein Blick auf das Ganze dieses dramatischen Ablaufs mache auch dem Neugierigen klar, daß hier „an jedem einzelnen, so gering er auch sein mag, eine große und feierliche (fast pontifikale) Liturgie“ geschehe, die ihn ganz in das Mysterium des Kommens Christi einpflanze.

Survey of Church Union Negotiations 1979–1981. In: *The Ecumenical Review* Jhg. 34 Heft 4 (Oktober 1982) S. 361–390.

Der vom Sekretariat für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates zusammengestellte Bericht informiert umfassend über den aktuellen Stand der Bemühungen um die Vereinigung von Kirchen in den verschiedenen Ländern. An den recht unterschiedlich weit gediehenen Verhandlungen sind jeweils Kirchen reformatorischer Tradition, teilweise auch anglikanische Kir-

chen beteiligt. In seinem Vorwort bezeichnet Michael Kinnamon von „Faith and Order“ den Berichtszeitraum eine Übergangsperiode, in der es auf der Suche nach mehr sichtbarer Einheit zwischen Kirchen sowohl ermutigende Entwicklungen wie enttäuschende Rückschläge gegeben habe. Fortschritte werden beispielsweise aus Sri Lanka, aus Wales und aus den USA gemeldet;

Rückschläge waren in England und in Neuseeland zu verzeichnen, wo Unionspläne jeweils am anglikanischen Widerstand scheiterten. Das größte Hindernis für die Vereinigung getrennter Kirchen seien meistens nicht Lehrunterschiede, sondern die Furcht vor Identitätsverlust. Deshalb werde zunehmend Gewicht auf die konkrete Erprobung des Zusammenlebens der Kirchen ge-

legt, es entwickle sich ein neuer Schwerpunkt in den Bereichen Erziehung und Rezeption vor Ort. In vielen Fällen werde Kircheneinheit nicht als ein „Alles-oder-nichts“ gesehen, sondern als ein vielstufiger Prozeß, der den Kirchen das Zusammenwachsen ermögliche. Unionsverhandlungen sollten auf eine größere und tiefere Einheit vorausblicken.

Personen und Ereignisse

In seiner Ansprache an die ungarischen Bischöfe anlässlich ihres Ad-limina-Besuchs am 7. Oktober führte *Johannes Paul II.* aus, eine Lösung für das Problem der Basisgemeinschaften dürfe nicht länger hinausgeschoben werden, da sonst Schaden für die ganze kirchliche Gemeinschaft entstehe. Er wünsche, daß sich alle Basisgemeinschaften möglichst bald an den Normen orientierten, die in seinem Brief an die ungarischen Bischöfe vom April 1980 und im Apostolischen Schreiben „*Evangelii nuntiandi*“ Pauls VI. enthalten seien. Er zweifle nicht daran, daß die Bischöfe solche Basisgemeinschaften offen unterstützen und fördern würden.

Papst *Johannes Paul II.* hat die Bischöfe der afrikanischen Republik Mozambique ermutigt, trotz der derzeitigen politisch und sozial unsicheren Lage im Land und trotz der „brudermörderischen Gewalt“ mit Mut und Erfindungsreichtum den Dialog mit der „neuen Gesellschaft“ aufrechtzuerhalten. Als Hauptschwierigkeit für die Kirche und ihr Wachstum in Mozambique prangerte der Papst in einer Ansprache anlässlich des „Ad-limina“-Besuches der Bischöfe den „Mangel an angemessener Religionsfreiheit“ und den „starken Einfluß des Atheismus“ an.

Bundeskanzler *Helmut Kohl* bedankte sich in seiner Regierungserklärung zweimal bei den Kirchen, einmal als er das Verhältnis zu Polen ansprach, „für die Wegbereitung der Verständigung zwischen beiden Völkern“ und im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt. Kohl erwähnte anerkennend den Beitrag der Kirchen zur Entwicklungshilfe und forderte zu noch engerer Zusammenarbeit in diesem Bereich „zwischen Staat – Kirche, Wirtschaft und privatem Engagement“ gesellschaftlicher Gruppen auf. In den Aussagen zur Familien- und Ausländerpolitik, wo sich jedenfalls mit der katholischen Kirche durchaus Reibungsflächen ergeben könnten, ging der neue Bundeskanzler auf kirchliche Positionen nicht ein.

Nach Ansicht von Prälat *Wilhelm Schätzler*, Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, zwingt der schnelle Vormarsch der neuen Medien auch die Kirche zu Konsequenzen. Eine auf Kommunikation angelegte Institution wie die Kirche habe keinen Grund, sich dieser Entwicklung prinzipiell zu verschließen. Schätzler kritisierte in seinen Ausführungen bei einer Tagung der Katholischen Akademie Berlin den „verkürzten Diskussionsansatz“, der zu vorzeitiger und pauschaler Ablehnung der neuen elektronischen Medien auch im kirchlichen Bereich geführt habe. Ein gewisser, in manchen katholischen Gruppen herrschender „Personalismus“

hege die Befürchtung, der Ausbau medialer Kontakte müsse notwendigerweise einen Abbau unmittelbar menschlicher Kontakte zur Folge haben.

Deutliche Worte zum deutsch-deutschen Verhältnis fand Landesbischof *Johannes Hempel* in seinem Tätigkeitsbericht vor der evangelisch-lutherischen Landessynode von Sachsen. Es sei, so Hempel, unter Christen akzeptiert, daß es auf deutschem Gebiet zwei souveräne Staaten gebe. Aber nicht akzeptiert werden könne, „daß die Menschen im anderen deutschen Staat unsere Feinde sein sollen“. Und weiter: Man wolle um Gottes Willen keinen neuen Nationalismus, aber es lasse sich auch nicht „unsere jahrhundertlange gemeinsame Geschichte und Kultur bestreiten“.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, hat sich bei einem Vortrag in Hannover zuversichtlich über den Fortgang des ökumenischen Gesprächs zwischen evangelischer und katholischer Kirche geäußert. Er forderte dazu auf, sich gegenseitig noch mehr den unterschiedlichen Reichtum an Frömmigkeit mitzuteilen. Ausdrücklich bekräftigte Lohse das „Verlangen nach einem gemeinsamen Begehen der Eucharistiefeste“, fügte aber hinzu, daß es keinen Zweck habe, sich gegenseitig zu überfordern. Um in dieser Frage weiterzukommen, sei ein großes Maß an Geduld und Liebe erforderlich.

Der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Pastor *Manfred Otto*, hat die von seiner evangelikalen Organisation geschaffenen Parallelstrukturen zu kirchlichen Einrichtungen verteidigt, gleichzeitig aber eine evangelikale Kirchen-gründung abgelehnt. Die evangelischen Landeskirchen befürchteten den Auszug ihrer pietistischen Gemeinschaftsverbände in eine mögliche Allianzkirche und die Freikirchen den Verlust vieler Mitglieder. Otto erklärte, es gebe auch wiedergeborene gläubige Menschen in den Landeskirchen. Die Allianz könne und wolle nicht Ersatzkirche sein.

Der Primas von Polen, Erzbischof *Jozef Glemp*, hat nach dem Verbot der Gewerkschaft Solidarität durch Regierung und Parlament in mehreren Predigten und Ansprachen deutlich gegen die gegenwärtige Politik der Militärregierung protestiert. Am schärfsten äußerte er sich in einer Predigt am 16. Oktober in Warschau. Die Polen, so erklärte er dort, hätten seit der Verhängung des Kriegszustandes vergeblich auf eine „wirkliche Übereinkunft“ gehofft. Nach dem Verbot der Gewerkschaften müsse man nun wieder beim Nullpunkt anfangen. Glemp appellierte an das Nationalbewußtsein der Polen, als dessen Hüter

er die Kirche betrachtet. „Wir haben große Solidarität unter den Menschen: Solidarität in der Arbeit und im Nationalgefühl.“ Diese Solidarität müsse nicht die Form einer Organisation haben, sondern gründe in den Bindungen zwischen den Menschen.

Trotz nennenswerter Fortschritte in der gesetzlichen Anerkennung der Rechte der Gastarbeiter besteht, wie Papst *Johannes Paul II.* bedauert, weiterhin die Tendenz, den zugewanderten ausländischen Arbeiter als ein „Produktionsmittel“ zu betrachten. Demgegenüber unterstrich der Papst in einer Botschaft zum „Tag des ausländischen Mitbürgers“ erneut das in seiner Enzyklika „*Laborem exercens*“ enthaltene Grundprinzip, daß „das Kapital im Dienst der Arbeit und nicht die Arbeit im Dienst des Kapitals stehen muß“. In der Botschaft wurde es als Verdrehung der Grundlagen bezeichnet, daß der Arbeiter gezwungen wird, auf die Suche nach Produktionsstätten zu gehen. In Wirklichkeit sollte das Gegenteil der Fall sein.

Die südafrikanische Regierung hat leitenden Kirchenmitgliedern auf deren Protest hin mitgeteilt, daß sie die Inhaftierung von Personen ohne Anklage und Prozeß als ihre „christliche Pflicht“ betrachte. Die „Niederlande Gereformeerde Sendingkerk“ (NGK) veröffentlichte auf ihrer Synode einen Briefwechsel mit Polizeiminister *Louis le Grange*, in dem dieser bestätigte, daß nicht alle der derzeit 184 unter dem Terroristengesetz festgehaltenen Personen den gleichen Gefangenenstatus hätten. Justizminister *H. C. Coetsee* erklärte der NGK, daß „manche Personen in Sicherheitsgewahrsam genommen werden müssen, weil ihr subtiles Vorgehen es nicht immer ermöglicht, ihnen konkrete Straftaten vor Gericht vorzuwerfen“.

Der Erzbischof von Mexico-City, Kardinal *Ernesto Coripio Abumada*, und die zehn Weihbischöfe seines Bistums haben sich an die katholischen Gläubigen und an die Regierung Mexikos mit dem dringenden Appell gewandt, eine Politik der Sparsamkeit und der Solidarität zu befolgen. Nur so könne die Wirtschaftskrise des Landes überwunden werden. Die Katholiken der Diözese wurden von den Bischöfen aufgefordert, im Sinn des Evangeliums umzudenken und eine neue Gesinnung zu schaffen. Nur durch die Überwindung sozialer Ungerechtigkeit, den Verzicht auf Riesengewinne, das Eintreten für die Schwachen und die Berücksichtigung des Gemeinwohls könne eine Veränderung der Lage eintreten.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt je ein Prospekt des Patmos Verlag, Düsseldorf, und des Christophorus Verlag, Freiburg, bei sowie zwei Verlegerbeilagen.